

Wahlsieg in Rostock

DIE LINKE bleibt stärkste Kraft in Rostock. Das zeigen die Ergebnisse der Europa- und der Kommunalwahlen vom 25. Mai.

Bei der Europawahl erzielte DIE LINKE in Rostock ein Ergebnis von 24,2 %. Helmut Scholz, der u.a. in Rostock ein Wahlkreisbüro unterhält, zog wieder als Abgeordneter in das Europaparlament ein. Allerdings musste DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu 2009 einen spürbaren Stimmenrückgang verzeichnen – sie fiel von 23,5 auf 19,6 %.

Das Resultat der Kommunalwahl fällt deutlich positiver aus. 26,4 % der Rostocker Wähler entschieden sich für DIE LINKE – im Vergleich zu 23,7 % im Jahr 2009. In allen fünf Rostocker Wahlbereichen waren wir die stärkste Kraft. Das beste Ergebnis erzielten wir im Wahlbereich 2 (Lütten-Klein, Evershagen, Schmarl) mit 33,7 %.

14 (statt bislang 13) Abgeordnete werden uns in den kommenden fünf Jahren in der Bürgerschaft vertreten: Eva-Maria

Kröger, Steffen Bockhahn, Helge Bothur, Andreas Engelmann, Ellen Fiedelmeier, Margit Glasow, Olaf Groth, Lisa Kranig, Ralf Malachowski, Wolfgang Nitzsche, Jutta Reinders, Nailia Ritter, Kristin Schröder und Karsten Steffen. Genosse Bockhahn



wird sein Mandat niederlegen, sobald er zum Senator ernannt wurde.

Das Gesicht der Fraktion ist deutlich weiblicher geworden; es gibt dazu einen guten Mix aus erfahrenen und jüngeren Abgeordneten. Eva-Maria Kröger wird weiterhin Fraktionsvorsitzende sein, Kar-

sten Steffen wurde in der Fraktion zum 1. Stellvertreter, Margit Glasow zur 2. Stellvertreterin gewählt. Margit ist 53 Jahre alt, arbeitet als freie Journalistin und als Herausgeberin des Magazins „Inklusiv!“.

Bezogen auf ganz Mecklenburg-Vorpommern musste DIE LINKE bei den Kommunalwahlen im Vergleich zu 2009 einen Stimmenrückgang von 21,6 auf 19,7 % hinnehmen. Eine Ursache für den Rückgang ist in Stralsund zu finden, wo DIE LINKE nach Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatenaufstellung nicht zur Wahl zugelassen wurden und stattdessen eine „Linke offene Liste“ mit 5 Personen in die Bürgerschaft einzog.

Am 21. Juni wird sich eine Landesbasiskonferenz in Güstrow mit dem Wahlausgang beschäftigen. Eine erste Wahlauswertung könnt Ihr aber jetzt schon auf den Seiten 3 und 4 dieser KLARTEXT-Ausgabe lesen.

Es ist übrigens die 200.! Da gratulieren wir uns doch ganz herzlich.



Die Wahlen sind gelaufen, nun haben die Analysten das Wort.
Mehr dazu ab Seite 3



In Berlin fand der Bundesparteitag der LINKEN statt.
Mehr dazu auf den Seiten 6 bis 8



Kampagne der LINKEN gegen Kinderarmut
Mehr dazu auf Seite 11

In dieser Ausgabe

Seite 2: Jan van Aken
Seite 3/4: Wahlnachlese
Seite 5: Ein Dankeschön
Seite 6-8: Bundesparteitag
Seite 9: Bundeswehr
Seite 10: Richard Wossidlo

Seite 11: Kinderarmut
Seite 12: Rotfeder / KuBa
Seite 13: Wohnungspolitik
Seite 14: Rentenstrafrecht
Seite 15: Elfriede König
Seite 16: Seewirtschaft

Editorial

Gemeinsam packen wir's – so lautete im Mai unsere Überschrift auf Seite 1. Und so kam es dann auch. Die Ergebnisse der Kommunalwahl können uns zufriedenstellen. Besonders groß war die Freude in Rostock. Ein solches Ergebnis bringt natürlich eine große Verantwortung für unsere 14 Abgeordneten mit sich. Baut die Bürgerschaft Mist, wird man zuerst uns als stärkste Fraktion dafür verantwortlich machen. Der KLARTEXT wird sich in den kommenden Jahren deshalb noch stärker mit der Tätigkeit unserer Abgeordneten beschäftigen, damit Ihr das passende Rüstzeug bekommt, um in Gesprächen mit den Bürger_innen die Arbeit der Linksfraktion zu erklären. Gleiches gilt selbstverständlich auch für die Arbeit der LINKEN im Landkreis. Das wird schon deshalb nicht einfach, weil der KLARTEXT nur zehn Mal im Jahr erscheint. Versuchen wollen wir's trotzdem.

KLARTEXT online

Gregor Gysi erklärte zum Ausgang der Europawahl:

Meine Partei konnte im Vergleich zur letzten Europawahl zwar zulegen und das beste Ergebnis in ihrer Geschichte erzielen, aber es ist auch kein Grund, in die Luft zu springen. (...) DIE LINKE ist konsolidiert und ein stabiler Faktor in der Bundespolitik.

Die Wählerinnen und Wähler haben ein starkes und unübersehbares Signal für ein soziales Europa gesetzt. Das zeigt auch das schlechteste Ergebnis für die Union in der Nachkriegsgeschichte.

Ich freue mich ganz besonders, dass es unserer griechischen Schwesterpartei SYRIZA tatsächlich gelungen ist, stärkste Partei in Griechenland zu werden. Ich gehe davon aus, dass die Wahlniederlage für Konservative und Sozialdemokraten nicht ohne innenpolitische Folgen in Griechenland bleiben wird. Meine Glückwünsche an unseren gemeinsamen Spitzenkandidaten Alexis Tsipras! Die Stimmenzuwächse der Linken europaweit sind eine unmissverständliche Absage

Wurde im Wahlkampf eigentlich über Kinderarmut geredet? Viel zu wenig, und deshalb müssen wir dieses Problem endlich mit ganzer Kraft auf die politische Agenda bringen. Mehr dazu könnt Ihr auf Seite 11 lesen. Es gibt also wirklich keinen Grund, sich auf Wahlerfolge auszuruhen. Die Aufgaben für die LINKE werden nicht weniger. Wer sich über den kürzlich abgehaltenen Parteitag der LINKEN informieren möchte, wird sich über den ausführlichen Bericht von Marcel Eggert ab Seite 6 freuen. Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT im Garten und anderswo wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



der Menschen in unseren Nachbarländern an Merkels Spardiktat.

Dass die Wahlbeteiligung gestiegen ist, stimmt mich zuversichtlich darin, dass die Bürgerinnen und Bürger die europäische Idee noch nicht aufgegeben haben. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit der AfD und anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien erklärte europafeindliche Kräfte ins Europaparlament gestärkt einziehen.

Wir haben heute einen guten Start für die bevorstehenden Landtagswahlkämpfe in Brandenburg, Sachsen und Thüringen hingelegt. In Sachsen und Thüringen können wir den Regierungswechsel herbeiführen und einen sozialen Politikwechsel einläuten. In Thüringen unter der Führung des hoffentlich ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland, Bodo Ramelow. In Brandenburg wollen wir weiter sozial regieren.

Quelle: www.facebook.de

Jan van Aken in Güstrow

Zu Gast in der Barlachstadt Güstrow war am 20.05.2014 auf Einladung des Linken Kreisverbandes Landkreis Rostock der MdB Jan van Aken (DIE LINKE). Jan van Aken ist Sprecher für Außenpolitik der Bundestagsfraktion.

Es ging um aktuelle Fragen und Ansätze im Bereich Rüstungspolitik und Waffenexporte der Bundesregierung sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr. Nach kurzer Vorstellung mit seiner Biographie sprach Jan van Aken von den Aufgaben, die er im Bundestag als Außenpolitischer Sprecher zu tätigen hat. In der Einführung von Jan van Aken ging es um den Anstieg der Waffenexporte. Ein großes Problem sieht er darin, dass deutsche Waffen in alle Welt exportiert werden. Er sprach davon, dass ganze Waffenfabriken exportiert werden und dass es Probleme mit der Exportkontrolle gibt. DIE LINKE will keine Waffenexporte und fordert als erstes mehr Transparenz bei den Waffenexporten.

In der Diskussion ging es vor allem darum, dass von den USA Forschungsaufträge zur Rüstung an deutschen Hochschulen gehen, über das Abstimmungsverhalten für ein Abrüstungsprojekt in Syrien der Bundestagsfraktion sowie weitere friedenspolitische Themen.

Text und Foto: Christian Teske



Nachlese zu den Wahlen in Rostock

Die Ergebnisse der Wahlen in der Hansestadt wurden schon deshalb mit einiger Spannung erwartet, weil in Rostock seit geraumer Zeit gezielt Stimmung gegen die demokratischen Parteien gemacht wurde. Besonders negativ stach dabei das Wählerbündnis UFR (Unabhängige für Rostock) hervor, in dem auch OB Roland Methling Mitglied ist. Im Wahlkampf versuchte die UFR auf primitive Weise den Eindruck zu erwecken, dass Rostock im Parteienfilz versinke, in doppelseitigen Anzeigen im Warnowkurier wurde gar die Existenzberechtigung der Parteien in Zweifel gezogen, obwohl diese – auch aus historischen Gründen – durch das Grundgesetz geschützt sind. Man fand es nicht zu blöd zu behaupten, dass unsere ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker „vom Parteibüro“ bezahlt würden, während UFR-Vertreter Politik natürlich nur in ihrer Freizeit machen. UFR-Wahlkämpfer verteilten Schwämme, auf denen für eine „saubere Bürgerschaft“ geworben wurde. Das Volk solle sich gegen die Parteien wehren – das war NPD-Sprech in Reinform („Wehrt Euch!“). Die Wähler durchschauten dieses perfide Spiel. Das ist beruhigend.

Leider sind nun auch zwei AfD-Leute in der Bürgerschaft. Über den Umgang mit ihnen muss geredet werden. Die NPD ist nur noch mit einem Abgeordneten vertreten. Dass die NPD in MV deutlich an Zuspruch verloren hat, ist positiv festzuhalten. Allerdings versuchte sie vor allem in Vorpommern mit einigem Erfolg, in Kleinstädten und ländlichen Regionen mit unverdächtig erscheinenden Wählerinitiativen zu punkten.

Doch zurück zur Wahl in Rostock. Auf der Wahlparty der LINKEN waren Erleichterung und Freude über den eigenen Wahlsieg umso größer, als man nach dem Gezerre um die Senatorenwahl, dem gescheiterten Bürgerbegehren über das Traditionsschiff und dem Anti-Parteien-Wahlkampf nicht wirklich wusste, was uns am Wahlabend erwarten würde. Wenige hatten wohl damit gerechnet, dass sich die Gewichte in der Bürgerschaft kaum verschieben würden.

DIE LINKE konnte einerseits ihr Stammwählerpotenzial ausschöpfen, profitierte aber augenscheinlich auch von der Kandidatur Steffen Bockhahns, denn von den 53.261 Stimmen für die Rostocker LINKE entfielen mehr als die Hälfte auf Steffen. So wurde die Wahl auch zu einem Solidaritätsbeweis für den noch nicht ernannten Senator. Steffen wird sein Mandat nieder-

legen, sobald ihn der OB oder ein Vertreter zum Senator ernannt haben. OB Methling machte nach der Wahl Andeutungen, mit der Bürgerschaft konstruktiver zusammenarbeiten zu wollen, ging dabei aber nicht explizit auf die Senatorenwahl ein.



Positiv ist auch zu werten, dass LINKE, SPD und Grüne wieder über eine eigene Mehrheit in der Bürgerschaft verfügen. Eine Kooperation liegt nahe, die erste Bewährungsprobe wird die Wahl des neuen Bürgerschaftspräsidenten sein. Unser Kandidat wird der ehemalige Senator Dr. Wolfgang Nitzsche, über den Eva-Maria Kröger sagt: „Wolfgang Nitzsche ist erfahren, er kann vermitteln und hat einen ausgeglichenden Charakter. Wir haben vollstes Vertrauen, dass seine Art der Bürgerschaft gut tun wird.“

Der Erfolg für die LINKE war schon deshalb nicht selbstverständlich, weil unser Wahlkampfbudget sehr niedrig war – erst



Recht im Vergleich zu anderen politischen Kräften. Daher geht ein großer Dank auch an jene Genossinnen und Genossen, die mit ihren Spenden unseren erfolgreichen Wahlkampf erst möglich gemacht haben. Bei jenen politischen Kräften, die deutlich mehr für den Wahlkampf ausgaben, wird man sich die Quellen der Finanzierung genau anzusehen haben (UFR!!!). Korruption ist nämlich nicht weniger schlimm als „Parteienfilz“.

Auch wenn unser Wahlkampf noch nicht gründlich ausgewertet wurde, können wir doch festhalten, dass unser Motto „Gemeinsam packen wir's“ keine hohle Phrase war. Die Spenden der Genossen für unsere Wahlkampagne waren sehr wichtig, ihr tatkräftiger Einsatz im Wahlkampf aber noch wichtiger. Wieder schafften wir die Plakatierung ohne fremde Hilfe (ca. 2.300 Plakate); Wahlzeitung, Europawahlprogramm und unser Kommunalwahlprogramm *Rostock Backbord* (knapp 85.000 Exemplare) konnten fast flächendeckend gesteckt werden. Unsere zahlreichen Infostände waren gut besucht; unsere knallroten Lastenräder ein Blickfang. Beachtet werden muss in Zukunft die steigende Zahl der Briefwähler, an denen die späte „heiße Phase“ des Wahlkampfes spurlos vorbeiging.

Ein besonders dickes Lob haben sich die Wahlkämpfer vom Studierendenverband SDS verdient. Plakatierung und Steckaktionen wären ohne ihre Hilfe in diesem Umfang nicht möglich gewesen. An den Infoständen zeigten sie Präsenz, auch jene, die selber gar nicht kandidierten. Kaum zu glauben, aber wahr: Sie fanden sogar noch die Zeit, um im Landkreis Rostock, in Stralsund und beim Landratswahlkampf in Nordwest-Mecklenburg auszuhelfen. Mit drei selbstgedrehten Videos verliehen sie dem Jungwahlkampf Schwung.

Ein Dank geht auch an den Kreisgeschäftsführer Andreas Reinke, der neben seiner organisatorischen Arbeit noch Zeit fand, aktiv beim Plakatieren und Stecken zu helfen. Nico Burmeister sei für die Organisation der Dankeschön-Veranstaltung für die Plakatierenden gedankt.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Nachlese zu den Wahlen in Rostock

Fortsetzung von Seite 3

Noch ein paar Worte zur Europawahl: Die Hoffnung, dass die SPD in der Großen Koalition automatisch an Wählerzuspruch verliert, ist vorläufig zerstoßen. Die Sozialdemokraten haben offenkundig dazugelernt. DIE LINKE büßte vor allem in Ostdeutschland recht deutlich an Zustimmung ein. Ganz offensichtlich konnte hier nur das Stammwählerpotenzial ausgeschöpft werden, obwohl die Ukraine-Krise und das

Freihandelsabkommen TTIP der LINKEN prächtige Möglichkeiten zur Profilierung geboten hätten. Unsere Ukrainepolitik hat der Linkspartei offensichtlich keine neuen Wählerschichten zugeführt, und TTIP scheint im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend präsent zu sein. Eine Veranstaltung zu diesem Thema in Rostock war miserabel besucht. Ähnliches galt für eine Veranstaltung, die unsere Fraktion zum Thema Ticketloser Nahverkehr angeboten hatte. Schade, dass die

Menschen derartige Diskussionsangebote nicht annehmen.

Zum Schluss noch einmal ein großes Dankeschön. Der Kreisvorstand dankt all jenen, die sich auf die eine oder andere Weise in den Wahlkampf der Rostocker LINKEN eingebracht haben. Der Wahlerfolg ist der gerechte Lohn. Es war schön und motivierend zu sehen, wie lebendig DIE LINKE ist.

Text: Carsten Penzlin, Fotos: Facebook

„Montagsdemonstrationen“

Seit einigen Wochen finden in mittlerweile über 80 Städten im deutschsprachigen Raum sogenannte Montagsmahnwachen für den Frieden statt. So auch in Rostock. Von Anfang an standen diese Demonstrationen in dem Verdacht, auch der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts zu dienen. Der Kreisvorstand DIE LINKE Rostock befasste sich am 13. Mai mit diesem Thema. Auszug aus der Sofortinfo: *Der Kreisvorstand hatte zwei Organisationsmitglieder der sogenannten „Montagsdemonstrationen“ eingeladen. Sie stellten die Hintergründe der Bewegung in Rostock vor und beklagten, ihr Einsatz für Frieden und soziale Themen würde oftmals einem schlechten Ruf unterliegen. Diffamierungen, sie würden rechtsextremen und fremdenfeindlichen Parolen eine Plattform geben, wiesen sie weit von sich. Bisherige Erfahrungen, dass manche Redner/innen in anderen Städten während der Demo verschwörungstheoretische oder politisch zweifelhafte Annahmen vertraten, wurden vom Kreisvorstand kritisch betrachtet. Der Kreisvorstand forderte eine noch stärkere Abgrenzung von rechten Gedanken in dieser Sammelbewegung. Auch eine Formulierung klarer Zielstellungen und inhaltlicher Begründungen wurde angeraten. Aufgrund der unübersichtlichen Situation kam der Kreisvorstand zu dem Schluss, Genossinnen und Genossen zu empfehlen, die Montagsdemonstrationen zu besuchen und sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. Über Rückmeldungen, ob positive oder negative Erfahrungen gemacht wurden, würden sich der Kreisvorstand und auch die Organisatoren freuen.*

Das Phänomen Montagsmahnwachen wurde innerhalb der Bundespartei sehr kontrovers diskutiert. Ein Aufruf der Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko, Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke sprach sich gegen eine „Dämonisierung“ aus. Der Chef der Berliner LINKEN Klaus Lederer und andere brachten Ende Mai in den Parteivorstand einen Antrag ein, der eine deutliche Abgrenzung unserer Partei forderte. Dieser Antrag wurde nach langer Debatte geändert beschlossen (siehe unten).

Der Kreisvorstand Rostock befasste sich am 3. Juni mit dem Beschluss des Parteivorstandes (nach Redaktionsschluss). Informationen dazu

sind der Sofortinformation von dieser Sitzung des Kreisvorstandes zu entnehmen.



Beschluss des Parteivorstandes vom 25./26. Mai 2014: **Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine / Heraus zum 31. Mai - keine Unterstützung von rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch durchgesetzten Veranstaltungen der sogenannten Friedensbewegung 2014**

1. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Initiativen gegen Krieg und jede weitere Eskalation des Konflikts in der Ukraine. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die Straße tragen. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Basisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Gemeinsam mit der Friedensbewegung rufen wir dazu auf, am 31. Mai auf die Straße zu gehen und für eine friedliche Lösung in der Ukraine zu demonstrieren. Grundlage unserer Aktivitäten ist unser Beschluss vom letzten Bundestag. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsgefahr. Der Parteivorstand berät mit den Landes- und Kreisverbänden bundesweite Aktionstage für eine friedliche Lösung der Ukraine-Krise, gegen Rüstungsexporte und für die Demilitarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik. Ein Schwerpunkt dabei soll auf

dem 1. September, dem Anti-Kriegstag liegen.

2. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. Waren viele Redebeiträge zwar ob ihrer kruden Rhetorik und Thematik verstörend, so sind wir doch nicht der Meinung, alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Demonstrationen aufgrund einzelner Stimmen verurteilen zu können. DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Transfeindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und Aber ab.

3. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspopulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstrationen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsstrich gegenüber den unter „Kapitalismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationalistischen Diskurs eine lange Tradition hat.

Wahlkampf im Landkreis - Ein Dankeschön



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, Mitstreiter, Wahlkämpfer und Kandidaten!

Allen, die bei den Kommunalwahlen ein Mandat erhalten haben, herzliche Glückwünsche! All denen, bei denen die „Stimmenlage“ nicht ausreichend war, ein großes Dankeschön für den Einsatz zu den Europa- und Kommunalwahlen. Insbesondere danke ich jenen, die den Wahlkampf in unserem riesengroßen Landkreis unterstützt haben und somit dafür Sorge trugen, dass es wenige „weiße Flecken“ gab. Stellvertretend für alle fleißigen Helfer richten sich diese Worte namentlich an die

Jungs vom Sozialistisch-demokratischen Studierendenverband SDS, die uns mit „gelebter Solidarität“ im Rostocker Umland unterstützen: Tausend Dank an Marcel Eggert, Ben Baumann, Eike Dettmann, Christian Albrecht, Sandro Smolka und Philip Bock!

Jetzt ist es an der Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen und unsere Arbeit in gewohnter Qualität fortzusetzen! Wir haben den Auftrag dafür erhalten.

Ich freue mich auf die künftige Zusammenarbeit!

Eure Gerit Losand-Gärber

Kreisvorsitzende KV DIE.LINKE Landkreis Rostock

Ein Dankeschön von Heidi Bluhm

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, am Anfang soll mein Dank stehen. Danke, an die Wählerinnen und Wähler, die uns auch dieses Mal vertraut haben, sowohl was unser Programm als auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten für Europa und auch in den Kommunen betrifft. Danke an die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für die Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen vorschlagen ließen. Danke an unseren Landratskandidaten Björn Griese in Nordwestmecklenburg und an die Vielzahl ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterkandidaten im ganzen Land. Danke an alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer, die bis in die letzten Stunden hinein überall um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler geworben haben und unsere politischen Angebote für Europa und aktive Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern unterbreitet haben. Danke an alle Organisatoren in den Geschäftsstellen unserer Partei, die für einen guten Wahlkampf unerlässlich sind. Ja, liebe hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Partei, Ihr seid gemeint mit diesem Danke. Danke allen Kreisvorsitzenden und Kreisvorstandsmitgliedern, die zum Teil mit neuen Formen des Wahlkampfes etwas gewagt haben. Und danke allen jungen Genossinnen, Genossen und

Freunden, die gemeinsam einen Jugendwahlkampf auf die Beine gestellt haben, der nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern sondern weit über die Landesgrenzen hinaus für Anerkennung und Aufmerksamkeit gesorgt hat. Für Eure Unterstützung beim Plakatieren, Materialverteilen, Werben am Infostand, in Gesprächsrunden oder anderen Wahlkampfaktivitäten möchte ich Euch von Herzen danken! Das Motto dieses Wahlkampfes „Gemeinsam packen wir´s!“ haben wir uns landesweit zu eigen gemacht und wir haben es gepackt!



Herzlichen Glückwunsch den nun gewählten Kommunalvertreterinnen und -vertretern. Ich wünsche euch allen jederzeit das nötige politische Geschick, für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eine Lö-

sung zu finden und für deren Durchsetzung zu streiten.

Die Wahlergebnisse, die regional auch unterschiedlich zu bewerten sind, sollten nun in den Regionen und Kreisvorständen tiefgründig analysiert und diskutiert werden. Am 21. Juni 2014 treffen wir uns alle gemeinsam in Güstrow zur Landesbasiskonferenz, auf der wir uns zu den Wahlen verständigen wollen.

Bitte denkt daran, Kandidatinnen und Kandidaten, die es diesmal nicht in die Vertretung geschafft haben mit in die Arbeit der Fraktionen und der Partei einzubeziehen! Wir brauchen engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Auch alle ausgeschiedenen Kommunalpolitikerinnen und -politiker, die zum Teil 25 Jahre für unsere Partei in kommunaler Verantwortung waren und wesentlich dazu beigetragen haben, dass DIE LINKE auch heute noch als verlässlicher und kompetenter Partner in der Kommunalpolitik angesehen

ist, dürfen wir nicht vergessen. Sie bleiben uns als Ratgeber bei schweren Entscheidungen erhalten.

Denn: Gemeinsam packen wir´s!

Eure Heidi



Der Bundesparteitag in Berlin - Ein Resümee

Vom 9. bis 11. Mai fand in Berlin unser Bundesparteitag statt. Viel stand auf der Agenda: ein großer Schwung Satzungsänderungen, Diskussionen zu den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen, sowie weltpolitischen Themen, wie der Krise in der Ukraine, sowie die Wahl der Parteivorsitzenden und des gesamten Parteivorstandes. Ich war selbst als Delegierter, sowie als Mitglied der Wahlkommission vor Ort, und möchte euch an dieser Stelle meine Eindrücke schildern und die aus meiner persönlichen Sicht wichtigsten Ergebnisse mit euch teilen. Die Reden könnt ihr übrigens im Internet alle nachlesen und -hören.

dürfe. Insbesondere in der Ukraine müsse auf Verhandlungen gesetzt werden. Auch weitere europäische Themen, vom Schutz von Flüchtlingen, über Menschenrechte, bis hin zum Kampf gegen die neu aufflammenden rechten und rechtspopulistischen Parteien oder die Eurokrise, hob Gabi hervor. Im folgenden standen eine Vielzahl von Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Neben kleineren Anpassungen waren die Ergebnisse dreier Beschlüsse interessant. Durch den ersten sollte in der Satzung fest verankert werden, dass keine Unternehmensspenden jeglicher Art angenommen werden. DIE LINKE war bisher immer die Partei, die keine Spenden

ihre Mitglieder stärkeren Einfluss als ein normales Parteimitglied haben. Persönlich fand ich diese Begründung nachvollziehbar. Dennoch entbrannten heftige Diskussionen, die zu einer Ablehnung des Antrages führten. Eine Entmachtung der Strömungen, bzw. eine Behinderung ihrer inhaltlichen Arbeit wäre durch den Antrag nicht vorgenommen worden, wie es die Gegensprecher jedoch annahmen. Warum gerade von einigen Strömungen, die normalerweise für basisdemokratische Prinzipien einstehen, derart auf den Erhalt des Einflusses gepocht wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Bernd Riexinger resümierte die bisherigen Erfolge und Ziele der LINKEN. Von der Rolle als stärkster Oppositionspartei im Bundestag, bis hin zum Kampf gegen die Prekarisierung großer Bevölkerungsteile reichten seine Ausführungen. Hans Modrow warf einen Blick zurück auf die Entwicklung der Partei seit dem Göttinger Parteitag und sprach über das friedenspolitische Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Dabei übte er Kritik am Abstimmungsverhalten im Bundestag zur Chemiewaffenvernichtung und unterstellte „beliebige Umdeutungen“ des Parteiprogramms durch die Abgeordneten, obwohl das Für und Wider in diesem Punkt in unserer Partei nicht unumstritten ist, sodass ich neutralere Formulierungen begrüßt hätte. Es schlossen sich Reden zu den anstehenden Kommunal-, und den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg an. In diesen wurden von Spitzenkandidaten, wie Bodo Ramelow, Rico Gebhardt, Christian Görke oder Dagmar Zoschke die Bedeutung von praktischer, linker Politik vor Ort betont. Sie stellten heraus, dass sie bereit sind die guten Umfragewerte auch in Regierungsverantwortung mit Politik für die Menschen vor Ort umzusetzen. Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und ein sozialer Zusammenhalt in den Ländern waren die obersten Ziele. Insbesondere Bodo Ramelow, der Aussichten auf das Amt des Ministerpräsidenten in Thüringen hat, warb für eine Verbesserung der politischen Botschaften und des politischen Ansatzes diese umzusetzen und erntete dafür teils großen Applaus. Das gemeinsame Stimmnehmen einer Hantel durch die Spitzenkandidaten am Ende zeigte: Gemeinsam und solidarisch können wir die schwersten Aufgaben bewältigen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Der Veranstaltungsort, das Velodrom in Berlin, war nicht unbedingt ein optimaler Veranstaltungsort. Kein Tageslicht kam herein und allgemein wirkte der Ort fast schon bunkerhaft. Einer der Redner brachte es ironisch auf den Punkt: Das ist keine artgerechte Haltung. Davon ließen sich die Delegierten jedoch nicht abschrecken und stellten sich den vor ihnen liegenden Aufgaben. Begrüßt wurde die Versammlung von Matthias Köhne, dem Bezirksbürgermeister Pankows. Dieser konnte sich bei seinem Grußwort einen kleinen Seitenhieb auf seinen Hamburger Genossen Olaf Scholz nicht verkneifen. Dieser hatte es beim Hamburger Parteitag als Bürgermeister nicht für nötig erachtet, ein persönliches, übliches Grußwort an uns zu richten. Unsere Spitzenkandidatin zur Europawahl, Gabi Zimmer, hielt eine der ersten Reden des Parteitages. Sie hob im Gedenken an das historische Datum des 9. Mai hervor, dass von Deutschland und der EU nie wieder ein Krieg ausgehen

von Großunternehmen annahm. Trotzdem wurde dies nicht in die Satzung aufgenommen. Der zweite Antrag forderte die Bundestagsfraktion auf bis Ende des Jahres eine Doppelspitze zu benennen und wurde angenommen. Bisher ist nur Gregor Gysi Fraktionsvorsitzender. Mit der beispielhaften Ausnahme von Hessen besitzt jedoch weder die Europafraktion, noch eine kommunale oder Landtagsfraktion eine Doppelspitze. Dass dies also „üblich“ sei, wie in der Antragsbegründung behauptet, kann ich nicht feststellen. Allein innerhalb der Parteistrukturen wird eine Quotierung angewandt. Der dritte Antrag beschäftigte sich mit den Zusammenschlüssen. Vom Stimmrecht ihrer Delegierten sollten auf Bundesparteitagen Satzungs-, Finanz- und Personalfragen ausgenommen werden. Dadurch sollte bewirkt werden, dass Strömungen sich vor allem auf die inhaltliche Arbeit in der Partei konzentrieren und nicht als Sammelbecken für Mehrheiten zu Personalentscheidungen dienen und

Es schlossen sich ausführliche, inhaltliche Diskussionen an. So wurden eine Vielzahl von Beschlüssen gefasst, angefangen bei der Aussprache gegen das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) oder Kanada (CETA), über die Forderung nach einer gesetzlichen Mindestvergütung bei Ausbildungen, bis hin zu Aussagen gegen den Drohnenkrieg oder gegen die Zerschlagung und Privatisierung des Eisenbahnwesens. Ebenso wurde ein Positionspapier zur Krise in der Ukraine verabschiedet. In diesem wird die Aufnahme der Krim durch Russland ebenso als völkerrechtswidrig kritisiert, wie das Verhalten im Jugoslawienkrieg durch den Westen. Es wird die Einstellung von Sanktionen gegen Russland, sowie Verhandlungen aller beteiligter Konfliktparteien und gewaltloses Verhalten gefordert. Finanzhilfen von der EU dürfen zudem nicht an Maßnahmen zum Sozialabbau in der Ukraine geknüpft werden. Resümierend ist dieser gefasste Beschluss die einzig richtige Analyse und Lösungsvorschlag für den Konflikt in der Ukraine. Auch Katja Kipping ging in ihrer anschließenden Rede stark auf die Ukrainekrise ein und hielt fest, dass neutrale Positionen und vor allem eines notwendig ist: Reden. Dass dies Konsens in der Partei ist, verdeutlichten die hochgehaltenen Schilder mit Friedenstaube und der Aufforderung: „Redet!“ auf deutsch, englisch, russisch und ukrainisch. Trotzdem übte Katja Kipping auch harsche Kritik an Putin und seinem undemokratischen Verhalten im eigenen Land. Neben anderen Themen ging sie besonders auf die feministischen Gedanken in unserer Partei ein. Katja wurde in der späteren Wahl mit eher schwachen 77%, Bernd hingegen mit 89% wieder zur Parteivorsitzenden gewählt. Worin dieser Abstand begründet liegt, bleibt Spekulation.

Auch der Grieche Alexis Tsipras, der Spitzenkandidat der Linken Europas für das Amt des Kommissionspräsidenten, sprach zu den Delegierten. Der 25. Mai sei eine entscheidende Wegmarke. Es stehe die Entscheidung an, ob Solidarität oder weiterhin die Austerität Merkels die zentrale Triebkraft für Europa sei. Gregor Gysi betonte in seiner Rede, dass unsere Partei die einzige sei, die nicht einseitig an das Thema Ukraine heran geht, sondern einen differenzierten Blick hat. Zudem kritisierte er die NSA und das Verhalten der Bundesregierung im Bereich um die Aufdeckungen Snowdens, als auch im Bereich des Freihandelsabkommen TTIP. Gregors Rede war meiner Ansicht nach eine der inhaltlich ausgewogensten und bedachtesten, sowie rhetorisch stärksten Reden des ge-

samten Parteitages. Zudem sandte Gregor ein Zeichen aus, indem er nach seiner Rede aufbrach, um nach Moskau zu fliegen und durch Gespräche einen Teil zur Dees-



kalation beizutragen.

Während die Wahl von Katja und Bernd und die der weiblichen Stellvertreter Caren Lay und Janine Wissler erwartbar ruhig verliefen, bot die Wahl der männlichen Stellvertreter und des Schatzmeisters mehr Zündstoff. Dominic Heilig und Tobias Pflüger, beide ehemalige, aber gescheiterte Bewerber für die Europawahl, sowie Axel Troost traten als Stellvertreter an. Die Kandidatur Dominic Heiligs wurde insbesondere vom Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Ein Ausgleich zwischen den verschiedenen Strömungen, sowie Ost und West, der in den Vorwahlen noch gelang und dazu beitrug, dass nach Göttingen wieder eine Phase der Konsolidierung und Ruhe in unsere Partei einzog, fand bei den Stellvertretern dieses Mal nicht unbedingt statt. Neben Axel Troost setzte sich Tobias Pflüger gegen Dominic Heilig durch. Das Thema Friedenspolitik, dass die gesamte Debatte bisher beherrschte, wirkte sich auch auf die Wahlen aus. Nahezu jede Bewerbungsrede begann mit einem Bekenntnis zum Frieden und gegen Auslands- oder Militäreinsätze. Dies ist natürlich auf der einen Seite begrüßenswert, fiel jedoch aufgrund der schon gezwungen wirkenden Unterbringung in jeder Rede auf und ließ teils einen Kandidaten bzw. Kandidatin wie die andere wirken. Es wirkte beinahe wie eine notwendige Bekenntnis. Kam diese nicht vor, wurde sie spätestens bei den Nachfragen angesprochen. Matthias Höhn, wiedergewählter Bundesgeschäftsführer, brachte es auf den Punkt: Wir seien alle Mitglieder einer Partei, die auf den Festen des Parteiprogramms stünden. Man müsse gegenseitiges Vertrauen haben und sich nicht gegenseitig bekenntnishaft abfragen. Sicherlich wolle keiner der Kandidat_Innen

das friedenspolitische Profil der Partei abschaffen. Vielmehr solle man über Politik und das Gestalten dieser sprechen und vor allem einen Ausgleich und Arbeitsfähigkeit innerhalb der Partei herstellen. Weil gerade diese Ausgeglichenheit nach der Wahl der Stellvertreter in Frage gestellt wurde, wurde vom Forum demokratischer Sozialismus eine Pause beantragt. In dieser schien Matthias Höhn über den Rückzug seiner Kandidatur nachzudenken.

Trotzdem trat er an und wurde gewählt.

Da Mecklenburg-Vorpommern durch die Nichtwahl Heiligs mit Irene Müller nun jedoch nur eine Vertreterin im Parteivorstand hatte (vorher waren es zwei), gab Steffen Bockhahn im Zuge dieser Entwicklung seine Kandidatur für den Parteivorstand bekannt und wurde gewählt.

Ein weiterer Konflikt entbrannte bei der Wahl des Bundesschatzmeisters. Thomas Nord forderte den bisherigen Amtsinhaber Raju Sharma heraus. Obwohl es üblich ist, dass sich Vorsitzende bei Personalfragen öffentlich eigentlich bedeckt halten, ergriffen Kipping und Riexinger offen Partei für Nord. Dabei machten sie Andeutungen, „schmerzhafte Erfahrungen“ in der Vergangenheit gemacht zu haben und sich eine bessere Zusammenarbeit mit Nord vorstellen zu können, ohne konkreter zu werden. Obwohl Sharma in der Vergangenheit eine durchweg gute Arbeit geleistet hat, wie viele sagten, bewirkten die an dieser Stelle vagen, unterstellend wirkenden und daher eher unangebrachten Andeutungen eine Wahniederlage für Sharma. Die Bewerbungsrede von Halina Wawzyniak spiegelte die Sicht so mancher Genossin und Genossen wieder. Sie kritisierte in ihrer Bewerbungsrede offen das Verhalten der Vorsitzenden und sprach sich für eine neue politische Kultur im Parteivorstand sowie eine Konfrontation mit den Vorsitzenden in diesem Bereich aus.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Der Bundesparteitag in Berlin - Ein Resümee

Fortsetzung von Seite 7



Auch eine weitere Genossin ergriff am Ende des Parteitages das Wort und drückte ihre tiefe Enttäuschung über das Verhalten von Katja und Bernd aus. Sie dachte, dass seit Göttingen eigentlich klar sei, wie man mit Genossen umgehe, wenn man mit ihnen ein Problem habe – man rede mit

ihnen und verbreitet keine Gerüchte, um Gegenkandidaten durchzubringen.

Resümierend lassen sich die Ergebnisse des Parteitages differenziert sehen und diskutieren. Es wurden viele gute Beschlüsse gefasst, jedoch ebenso gute leider abgelehnt. Wir haben einen recht gut durchmischten Parteivorstand gewählt und die Ergebnisse des Parteitages sind zu akzeptieren. Die Wege dorthin jedoch müssen kritisch analysiert und beurteilt werden, denn nicht jedes Verhalten war angebracht. Fakt ist zudem, wie Matthias Höhn es fest hielt, dass eine Ausgewogenheit zwischen verschiedenen Strömungen und Landesteilen notwendig ist, was gerade doch die Lehre aus dem Göttinger Partei-

tag sein müsste. Dies gelang in Berlin nur teilweise. Befremdlich empfinde ich, dass zwischen Genossinnen und Genossen ein und derselben Partei teils bekenntnisthames Abfragen stattfindet und damit indirekt unterstellt wird, nicht das Parteiprogramm zu unterstützen. Gerade in einer linken, offenen und auf Austausch orientierten Partei muss man den anderen ein Mindestmaß an Vertrauen und vor allem auch Respekt vor der Person entgegenbringen. Ich hoffe, dass der Parteivorstand dies in seiner Legislatur stärker berücksichtigen wird.

Wenn ihr noch Nachfragen oder allgemeine Fragen zum Bundesparteitag, den Ergebnissen und Beschlüssen habt, beantworte ich sie euch gerne.

Text: Marcel Eggert / Fotos: DIE LINKE

Auszug aus der Rede Gregor Gysis auf dem Parteitag, hier zum Thema Freihandelsabkommen EU-USA:

Lasst mich noch etwas zu TTIP sagen. Ich weiß, das Chlorhuhn ist furchtbar, ich weiß, es ist auch furchtbar, was da mit Lebensmitteln vorgesehen ist, das müssen wir alles verhindern, aber – liebe Genossinnen, liebe Genossen – ich glaube, das ist ein großes Ablenkungsmanöver. Ich glaube, da werden sie irgendeinen Kompromiss finden, mit dem wir dann alle irgendwie leben können, und wir sollen nicht mitkriegen, worum es eigentlich geht. Denn eigentlich geht es um das Verbot von Investitionshemmnissen. Es klingt harmlos, ist aber kreuzgefährlich, weil das bedeutet, dass es einen bestimmten Stand des Rechts gibt, wenn ein Unternehmen seine Tätigkeit zum Beispiel in Deutschland eröffnet. Und wenn danach das Recht verändert wird durch den Gesetzgeber, so dass das Unternehmen meint, dies schmälere seinen Gewinn oder die Investition werde dadurch in irgendeiner Form beeinträchtigt, hat es immer einen Schadenersatzanspruch.

Also, Australien hat so etwas unterschrieben – Philip Morris hat dort ein Werk. Jetzt haben sie in Australien beschlossen: Da muss irgendetwas gegen Rauchen auf

den Zigarettschachteln stehen oder ein Totenkopf, keine Ahnung. Und jetzt sagt Philip Morris: Investitionshemmnisse. Das war ja nicht so, als wir hier eröffnet haben – damit eine Milliardenklage.

Gestern ist es schon gesagt worden: Vattenfall versucht das auch wegen der Schließung der Atomkraftwerke. Jetzt stellt euch doch mal vor, was das bedeutet: Da gibt es, mal angenommen, eine vernünftige Regierung, ich will gar nicht sagen, wer da drin ist, und diese Koalition erweitert die Mitbestimmung oder etwas Ähnliches. Dann könnten Unternehmen sagen, das war nicht so, als wir hierhergekommen sind, das schmälert den Wert unserer Investitionen, wir verklagen Deutschland auf Milliarden Schadenersatz. Das heißt, man könnte dann de facto gar nichts mehr politisch verändern, weil du der Bevölkerung auch nicht jedes Mal erklären kannst, ich bin stur, ich setze das jetzt durch und bezahle dafür Milliarden an die Unternehmen. Dann müsst ihr euch mal ansehen, wie das Gericht aussehen soll, das über die Unternehmensklagen entscheidet: drei Rechtsanwälte und kein Gerichtsweg. Die entscheiden dann über die Schadenersatzansprüche – alles abenteuerlich.

Dass das Ganze höchst gefährlich ist, sieht man auch daran, wie intransparent es behandelt wird. Jetzt werde ich euch

mal Folgendes schildern: Wenn du ein ganz hoher Regierungsbeamter bist und da das Sonderrecht bekommst, mal zu lesen, was die verhandeln, dann musst du ganz alleine in den Lesesaal gehen, wirst natürlich durchsucht, darfst nichts mithaben, keinen Fotoapparat usw. Dann bist du da drin, auch kein Handy, dann liest du den Text, und dann kannst du wieder gehen. Aber in dem Text ist ein Fehler, und das Interessante ist, dann kommt der nächste hohe Regierungsbeamte und liest denselben Text, da ist ein anderer Fehler drin. Sie individualisieren den Fehler – wenn etwas öffentlich wird, wissen sie anhand des Fehlers, wer es war. Das ist James Bond in Reinkultur. So führen sie die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union – absolut indiskutabel. Wir wollen Transparenz für alle europäischen Bevölkerungen – für alle.

Sinn und Unsinn des Bundeswehreinsatzes in der Türkei

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern reiste Ende des Jahres 2013 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundes in die Türkei. Er informierte sich bezüglich der bevorstehenden Verlängerung des Bundeswehrmandats. Die Ostseezeitung berichtete zum Bundeswehreinsatz und zum Besuch des Ministers unter der Überschrift: "Dieser Einsatz ist sinnvoll!" Diese provozierende, suggestive Überschrift verleitet mich, den inzwischen verlängerten Bundeswehreinsatz in der Türkei einmal unter die Lupe zu nehmen.

Der Auftrag für die deutsche Fla-Raketengruppe in der Türkei lautet: Schutz der türkischen Bevölkerung vor möglichen Raketen aus Syrien. (Webseite "Luftwaffe!"). Der Begriff "Raketen" wird dann bei "www.Bundeswehr.de" genauer definiert: "Abfangen von Kurzstreckenraketen, aber auch ... im begrenzten Umfang von ballistischen Raketen der Reichweitenklasse bis 1000 km in der unteren Abfangschicht". Der Einsatz von Fla-Raketentruppen soll eine Reaktion auf die Granatüberfälle syrischer Regierungstruppen oder Freischärler auf flüchtende Zivilbevölkerung darstellen. Man sagt im Deutschen zu solch einer unangemessenen Reaktion: "Mit Kanonen auf Spatzen schießen!" Die Antwort auf die Granatüberfälle hätte jedoch wesentlich moderater und effektiver ausfallen können. Der Grund - man spricht nicht die Wahrheit. Die nachfolgende Skizze einer möglichen Einsatzvariante der in der Türkei durch die NATO entfalteten Fla-Raketensysteme Patriot zeigt den wirklichen Sachverhalt.

Welch ein Zufall! Mitten in den Vernichtungszonen der drei Patriot-Kontingente der USA, Niederlande und Deutschlands befindet sich die US-Luftwaffenbasis Incirlik. Jeder Fla-Raketensoldat weiß sofort, dass das ein erstrangiges militärisches Ziel ist. Hier liegt das große Drehkreuz für den militärischen Nachschub der US-Streitkräfte im Nahen Osten. Und nicht nur das, hier lagern Kernwaffen. Sie waren einst vorgesehen, um mit B-52-Bombern in der Südflanke der Sowjetunion und der Warschauer-Vertragsstaaten abgeworfen zu werden. Bei den derzeitigen Ereignissen und Unruhen in der arabischen Welt sind sie gefährdet. Warum werden sie nicht abgezogen? Die US-amerikanische Absicht, erst einmal das Luftverteidigungssystem um die Luftwaffenbasis herum zu verstärken, ist verständlich. Das ist im Sinne der

Amerikaner. Doch ist es auch im Sinne Europas, an der Grenze zu den arabisch/islamischen Staaten einen Kernwaffenstützpunkt zu erhalten? Wenn wir die USA bei militärischen Handlungen in der arabischen Welt unterstützen, dann stimmt das nicht mit dem Mandat überein, welches die Bundeswehr in der Türkei hat. Sicherlich wird eine Zivilbevölkerung überall dort vor Luftangriffen geschützt, wo ein Fla-Raketensystem steht, aber das ist nur der Nebeneffekt. Vorrang haben immer militärische Befindlichkeiten. Und so ist der öffentlich geäußerte Auftrag der Bundeswehr nur die halbe Wahrheit oder eine halbe Lüge. Wusste das der mecklenburgische Innenminister, als er in die Türkei fuhr? - Vergleicht man die Größe der in der Skizze gezeigten Patriot-Vernichtungszonen mit der Größe der Türkei, erkennt man, dass der "Schutz der türkischen Bevölkerung" nur zu einem geringen Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung gewährleistet ist. Dabei zeigen die schwarzen Bögen in den grauen Vernichtungszonen an, in welchem verschwindend kleinen Raum anfliegende Raketen durch die Patriots bekämpft werden können. Das ist eine Objektverteidigung, aber keine Raumverteidigung. Ballistische Raketen sind außerdem in der Lage, weil ihre Gipfelhöhen die der Patriot-Raketen um ein Mehrfaches übersteigen können, die Vernichtungszonen ungeschoren zu überfliegen, um dahinter liegende Ziele zu erreichen, z.B. Ankara. Nur dann, wenn sie Ziele in diesen schwarzen Flächen bekämpfen wollten, könnten sie im Endabschnitt ihres Fluges ab einer Höhe von 15-20 km, je nach eingesetztem Patriot-Raketentyp, abgefangen werden. Jetzt ist sicherlich gut zu verstehen, welcher Unsinn bei der Behauptung des Schutzes der türkischen Bevölkerung vor Raketen geredet wird.

Noch ein Umstand sollte Erwähnung finden: Als die Planung für einen bevorstehenden Einsatz der Patriots in der Türkei anlief, ging man vermutlich von einer Schaffung einer Flugverbotszone über Syrien aus. So ist eigentlich die erfolgte Stationierung der FRK an der syrischen Grenze zu verstehen (US-Patriots an der Grenze, die Deutschen zur Deckung dahinter, die Niederländer zur unmittelbaren Verstärkung der Luftwaffenbasis in Incirlik). Alle Patriots in unmittelbarer Nähe großer Flugplätze. Weshalb? Als 2003 die USA im Krieg gegen den Irak eine Flugverbotszone im Norden des Landes einrichtete, wurde ein holländischer

Patriot in der Türkei stationiert - in Diyarbakir, weiter östlich als heute, ebenfalls in Grenznähe an einem Flugplatz. Sprach damals einer vom Schutz der türkischen Bevölkerung? Vermutlich starteten von hier die US-Luftstreitkräfte zum Einsatz im irakischen Luftraum - zur Überwachung der Flugverbotszone, zur Ausschaltung der irakischen Luftverteidigung. Das heutige Stationierungsprinzip der Patriots ähnelt verblüffend dem damaligen. Doch zur Einrichtung der Flugverbotszone in Syrien kam es nicht. Denn auch die Syrier machten sich so ihre eigenen Gedanken. Bereits vor einigen Jahren ließen sie Personal in Russland an einer neuen taktischen Waffe ausbilden - an der SS-26 (NATO-Code) bzw. 9K720 Iskander. Nach dem Stationierungsbeschluss der NATO Ende 2012 liefen drei russische Schiffe den syrischen Hafen Tartu an und entluden 12 Raketensysteme "Iskander". Ihr Auftauchen in Syrien war zumindest ein Grund für das Abgehen von der Einrichtung einer Flugverbotszone. Die Iskander ist geeignet zur Bekämpfung kleinflächiger Ziele wie Patriot-Stellungen. Darüber hinaus kann sie derzeit von diesen nicht bekämpft werden. Sollte es zu einem gewaltsamen Versuch der Einrichtung der Flugverbotszone über Syrien kommen, sind die deutschen Patriots äußerst gefährdet. Seit dem vorigen Jahr bemüht sich die Türkei um die Erneuerung ihres LV-Systems. Die Chinesen bieten den FRK HQ-9 an (auf S-300-Basis). Auf Grund des günstigen Preises und der Zusage, dass die Türken diesen Komplex in Lizenz nachbauen können, haben sie große Chancen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Noch erklären die Türken, dass allen Anbietern die Tür offen steht. Im Falle der Entscheidung für einen chinesischen oder russischen FRK würden derzeit Probleme im Einbau der NATO-Freund-Feind-Kennung bestehen. Aber wie haben die Griechen mit ihrem S-300 das Problem gelöst?

Die Türkei scheint von der Stationierung des NATO-Kontingentes im eigenen Land nicht überzeugt zu sein, aus welchem Grund auch immer. Und der Patriot-Komplex, der um 2020 trotz aller Modernisierungen seine Lebensgrenze erreicht hat, scheint für sie nicht als Zukunftsmodell für eine eigene Luftverteidigung angesehen zu werden.

Text: B. Keuthe

Quellen: Ostseezeitung vom 20.11.2013 und 18.01.2014, öffentl. Quellen wie Wikipedia, u.a.



IN MEMORIAM Richard Wossidlo

Richard Wossidlos is vör 75 Johr, an ´n 4. Mai 1939, storben. Meckelnborg kann stolz sien, so ´n grotortigen Volkskundler hervörbröcht tau hemm. Kein anner düütschet Land kann up so einen flietigen Geschichtensammler verwiesen. Richard Wossidlo gült näben de Bräuder Grimm as maßgäwlicher Mitbegründer von de Volkskunde in Düütschland un as hervörragende Pionier von de europäische Ethnologie. „Uns Perfesser“, as em de Meckelnborger leiwwull beteikenten, hett rund 5000 Verteller von Läuschen un Riemels in oewer 3000 Urte befragt un mit 1400 Partner korrespondiert. Sien Sammlung tellt oewer 2 Millionen handbeschräwene Einzelstücke.

Tau Welt kamen is Wossidlo in Tessin an ´n 26. Januar 1859. Sien Abitur makte he an de Grote Stadtschau in Rostock, wo he ok an uns Universität tau studieren anfäng, denn noch in Leipzig un Berlin in „klassische Philologie“ dat Studium förtsett hett. Denn leggte he ein Examen för dat

höhere Lihramt af un wür 1886 Lihrer för Griechisch un Latein an ´t Gymnasium von Woren an de Müritz.

All in sien Studienjohre plägte he de Dörper uptausäuken. He befragte Buern, Knechts, Daglöhner, Scheper, Handwerker, Fischer un Matrosen, üm sick deren Läuschen, Sagen, Märchen, Volkslieder, Kinerreime sowie Pflanzen- un Tiernamen tau notieren. He forschte ok nah Dörpfeste, Sitten un Brüke. Dorut entstünn ein Zettelkastenarchiv, wat taulezt zwei Millionen Bläder utmakte. Wenn Wossidlo grad mal kein Papier tau Hand har, beschreew hei siene Manschetten orer dat Chemisette an sien Bost.

Taun Bispill forschte uns Perfesser ok nah de Verwendung von denn Begriff „Manschetten“. Hier ´n poor Zettelnotizen: „Manschetten = Angst: dee kreeg ´t oewer mit de M., aus Dierhagen 1930“. – „Manschettenknööp = Graupen, aus Nienhagen 1930“. – „Manschettenbuer = Ökelname eines Bauern, der einmal Dung mit Man-

schetten an den Ärmeln auflud; aus Goldberg 1932“.

De Nahlaat Wossidlos wür 1952 von Schwerin na Rostock oewerführt. De Verwalter deeden alls doran setten, de Sammlungen un Studien to sichern, wissenschaftlich uttauwerten un för dat Fachpublikum un ´ne breide Läserschaft verfügbor tau maken. Man räkente sick ut, dat een maschinell-schriftliche Erfassung von all de Zettels ca. 80 Johr duern wür. Mit de Verfilmung un moderne Digitalisierung is de Sicherung von dit wiertvulle Arwgaud nu völ früher gelungen.

Siet denn 5. April bit 4. Juli 2014 giff dat in ´n Schiffahrtsmuseum, August-Bebel-Str.1 in Rostock, de Ausstellung „DER ZETTEL MANN“. Disse Richard Wossidlo widmete Ausstellung, wür zünftig mit ein Programm von ´n Plattdütsch Verein „Kloensnack-Rostocker 7“ e.V. unnerstütt.

Kurt Kaiser

Tau ´n Spijök för uns plattdütsch Läser un Förderer, hier noch ´n lütten Inblick, wat denn Richard, unsen Perfesser, ok so an Witze vertelt wünn.

Lütten Unnerscheid

Herr von Mester seggt unnerwägens to sienen Kutscher:
„Mi ward de Tied lang. Willen mal ´n bäten Riemels maken:
Ich bin der Herr von Mester un schlaf mit deiner Schwester.“
„Dat s nich wohr!“
Oewer dat riemt sick!“
Johann lett sick begäuschen un riemt nu ok:
„Ich bin der Kutscher von Herrn Mester und schlaf mit der Madam.“
„Dat riemt sick je nich!“
„Oewer dat is wohr!“

De Warnung

De Scheper geiht morgens nah ´n Stall, un sien Hund löppt vörweg un dreggt denn Steert so stur.
„Ja“, seggt de Scheper, „mien Hünding, frieg man ierst, nahst warst denn Steert ok woll hängen laten.“
Dor hadd de Scheper äben ierst dat Ledder vullkrägen von sien Frau.

Timmermannsräkning

Een Timmermann hadd ´n Stakett makt vör de Konsistorialratswitwe ehr Dör.
Dor schickt he ehr de Räkning: „Der Frau Konsistorialrat lingerlang was vor die Tür hingemacht kostet 5 Taler“

Dat söte Wuurt

Een Mäten geiht ok wedder nah ´t Naherdörp to Danz un lacht sick so ´n schüchternen Jung ´an.
Dee bringt ehr ok nah Huus, wie de Danz ut is.
Unnerwägens seggt se to em: „Du rädst jo nich ´n bäten. Du möößt mi doch ok ´n bäten wat Sötes vertellen!“ Un se stellt sick mit n´mal so vör em hen un fött em so üm ´n Hals: „Nu segg mi doch ´n sötes Wuurt!“
„Sirup!“ seggt he dor.

Katt un Muus

Een Jung ´bringt sien Mudder de Nachricht: „Mudder, in uns Botterfatt is ´ne Muus!“
„Jung“ seggt de Mudder, „hest se nich rutkrägen?“
„Nee, Mudder, ick heff ´ne Katt bi rinschmäten!“

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Woans de Musik upkamen is

Dor wier mal eens ´n Schooster, dee künn bannig weck gahn laten. Dorüm backt em sein Fruu ´n Pickplaaster vör ´n Nors. Dor setten sick de Winden vör.

Mal eens liggt de Uurt up den Schoosterhüker, un de Schooster sett ´t sick unversehns dorup. De Uurt steckt grad ´dat Plaster dörch, un as nu de Schooster sick in sein Weihdag ´nah denn Hinnersten fött, drückt he dat Lock in dat Plaaster so halw to.

Donn is ´t mit eens ´n annern Ton, as wenn dat Lock man viertel to is. De Tön ´gefallen em, un he steckt noch ´n poor Löcker to in dat Plaaster un fangt an to fingerieren.
Siet dee Tiet hebben wi de Musik.

Kampagne der LINKEN gegen die Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern



Pünktlich zum 1. Juni, dem Internationalen Kindertag gaben der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Helmut Holter, die kinder- und jugendpolitische Sprecherin, Jacqueline Bernhardt sowie der stellvertretende Landesvorsitzende André Walther den Startschuss für eine Kampagne der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern gegen Kinderarmut (siehe Foto). Bewusst entschieden sie sich, dieses Signal in Schwerin auf dem Großen Dreesch zu geben, einem Stadtteil, der überdurchschnittlich von der in MV ohnehin hohen Kinderarmut betroffen ist. In den nächsten Wochen bis zum Weltkindertag am 20. September wird DIE LINKE mit einer Vielzahl an Aktivitäten

auf das Thema aufmerksam machen, so z.B. mit der Aktion „100 Gesichter gegen Kinderarmut“.

Was bewegt uns?

Das Armutsrisiko für Kinder ist in Deutschland ungleich verteilt. Während es in Bayern bei 11,7 Prozent liegt, ist Mecklenburg-Vorpommern mit 33,5 Prozent das Bundesland mit dem zweitgrößten Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche. Das heißt jedes dritte Kind hat mit seiner Familie weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung. Wer weniger Geld hat, kann auch weniger ausgeben.

Das betrifft eben nicht nur teure Markenklamotten oder das neueste Smartphone, was zu verschmerzen wäre. Vielmehr wird dadurch den Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe genommen. Weniger Geld heißt nämlich auch geringere Bildungschancen

und eine schlechtere Gesundheit. Ein Erwachsenenleben mit schlecht bezahlten Jobs und geringer Rente ist vorprogrammiert.

Was wollen wir?

Ein reiches Land wie Deutschland, welches sich unter den weltweit 20 Nationen mit dem größten Bruttosozialprodukt pro Kopf eingruppiert, kann und darf sich Kinderarmut nicht mehr leisten. Alle Kinder sollten die gleichen Chancen im Leben haben und erreichen können, was sie sich vornehmen. Dafür muss die Politik die Voraussetzungen schaffen. Dies ist derzeit insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern nicht der Fall. Deswegen wollen wir mit dieser Kampagne das Problem der Kinderarmut in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte holen. Wir wollen zu einer gesellschaftlichen Mehrheit beitragen, die die Regierungspolitik dazu bringt das Problem der Kinderarmut wahrzunehmen und dagegen vorzugehen.

Wer sind wir?

Auf Initiative des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern und ihrer Abgeordneten im Bundes- und Landtag wurde die Kampagne „Für Kinder – gegen Armut!“ ins Leben gerufen. Wir verstehen uns jedoch als unabhängige Initiative, der es nicht um die Unterstützung einer Partei geht, sondern sich allein dem Ziel der Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut widmet. Mitmachen können alle, die die inhaltlichen Ziele teilen. Ob Mitarbeiterin bei einem Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Bäckermeister, Rentner oder Auszubildende, jede und jeder ist eingeladen Gesicht gegen Kinderarmut zu zeigen, damit es nicht mehr heißt: Ene mene muh und raus bist Du!

Ene mene muh und raus bist Du!



Rotfeder und die Ehre der Wissenschaft

Der Chefredakteur hat in der letzten Ausgabe mein Inkognito gelüftet. Also brauche ich euch auch nicht mehr mit Sie anzureden, als würden wir uns nicht kennen. Aber was ist denn los bei euch? Es geht ja immer hin und her!

Zuerst hat der Oberbürgermeister unser Rostock mit seinem peinlichen Versagen am 1. Mai in der Öffentlichkeit wieder einmal blamiert. Er stellte sich nicht an die Seite, geschweige denn an die Spitze der demokratischen Kräfte, die den Naziaufmarsch verhindern wollten und dafür von der Polizei drangsaliert wurden.

Dann hat der Rat der Philosophischen Fakultät der Universität mit 20 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung beschlossen, dem Whistleblower Edward Snowden die Ehrendoktorwürde zu verleihen. In der Argumentation wird darauf hingewiesen, dass die USA ihre nationale Legitimität auf einem Akt zivilen Ungehorsams gegen die britische Krone gründet. Sogar in den USA wird anerkannt, dass Snowden uramerikanische Werte verteidigt.

Und nun glaubt der Rektor, die Notbremse ziehen zu müssen.

Herr Schareck zollte zwar der Fakultät Respekt für ihren Mut und die Diskussionen der vergangenen Wochen, die ihr in

Bevölkerung und Universität Sympathien entgegengebracht habe. Aber er reduzierte die mutige und sorgfältig strukturierte Leistung Sowdens auf „die Übergabe eines Datenbestandes an Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung sowie die Auslösung eines wissenschaftlichen Diskurses über Aktivitäten von Geheimdiensten“. Und das könne nicht als wissenschaftliche Leistung gewertet werden.

Vielleicht sollte Herr Schareck einmal in der Wikipedia nachlesen, was das Ziel der Wissenschaft ist: Aufdecken und Bekanntmachen der Wahrheit. Natürlich handelt es sich bei der Ehrung um einen symbolischen und politischen Akt, um einen Beitrag der Zivilgesellschaft. Man sollte Snowden aber ansehen wie einen Entdecker, wie einen Kolumbus, einen Galilei oder einen Giordano Bruno des Digitalzeitalters, der ein Wissen eröffnet, von dem manche vielleicht etwas geahnt haben, aber in dieser Dimension kaum jemand etwas gewusst hat.

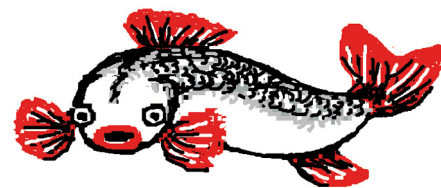
Mit der Snowden-Ehrung könnte Rostock auch die eigene Ehre verteidigen. Aber der Rektor will, dass wir uns in der Menge der feigen politischen Duckmäuser verstecken, von denen keiner sich traut, einen Freund auf dessen Fehler hinzuweisen.

In diesen Zusammenhängen grüble ich immer wieder über eure seltsamen mensch-

lichen Entscheidungs-Irrwege nach. Wieso gibt es so viel irrationales Schwarmverhalten, obwohl ihr gar keine Fische seid? Warum lasst ihr eure Behörden die Fischfangquoten schützen, aber kaum eure Privatsphäre? Überwachungsstaat tut euch wohl nicht weh?

Was klugen Leuten ganz offensichtlich ist, setzt sich bei euch nicht durch. Euer OB mit dem seltsamen Demokratieverständnis ist z. B. wiedergewählt worden ebenso wie die CDU-Mutti. Die wird sogar auf den Wahlplakaten schön retuschiert präsentiert, wenn sie gar nicht zur Wahl steht, obwohl sie gar kein konstruktives Ziel verfolgt sondern nur ihre Macht erhalten will. In der Politik geht es bei euch Menschen offenbar weniger um die Wahrheit als um die Macht. Nur in euren Märchen setzt sich das Gute von allein durch. Im richtigen Leben braucht es Menschen wie Snowden und wie die 20 Mitglieder der Philosophischen Fakultät.

erinnert eure Rotfeder



Zum 100. Geburtstag von KuBa

Dr. Kurt Barthel (KuBa)

Kurt Barthel wurde am 8. Juni 1914 in Garmsdorf bei Chemnitz geboren. Er starb am 12. November 1967

Kurt Barthel wurde als Sohn eines Eisenbahnarbeiters, den noch vor der Geburt seines Sohnes Kurt ein Offizier erschoss, geboren. Als 14-Jähriger trat Kurt Barthel der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend bei und gründete in seinem Heimatort die Gruppe der Falken. 1933 musste er Deutschland verlassen. Er emigrierte in die Tschechoslowakische Republik. Dort verfasste er erste Gedichte und Reportagen und leitete eine Theatergruppe. 1939 floh er über Österreich nach England. Zusammen mit anderen gründete er dort die Freie Deutsche Jugend. Im Internierungslager lernte er seine spätere Frau Ruth kennen, die als rassistisch Verfolgte Deutschland verlassen hatte.

1946 kehrte er zurück nach Deutschland und arbeitete auf kulturpolitischem Gebiet. In der Maxhütte/Unterwellenborn war er ein Jahrzehnt als Kulturleiter, Kritiker und Redakteur tätig.

Danach wurde er von Perten an das Volkstheater Rostock berufen, wo er bis zu seinem Tode als Chef dramaturg arbeitete. Er trat als Lyriker, Dramatiker und Erzähler hervor. Zu seinen Werken gehören: das Gedicht vom Menschen (1948) und die dramatische Ballade „Klaus Störtebeker“, mit deren Aufführung in Ralswiek die Störtebekerfestspiele eröffnet wurden. Filme, zu denen er die Drehbücher schrieb, wie „Hexen“ (1954), Schlösser und Katen (1957) wurden einem breiten Publikum bekannt unter dem Namen KuBa bekannt. 1953 war er Ordentliches Mitglied der Akademie der Künste, ab 1954 Mitglied im Zentralkomitee der SED, und von 1952 bis 1958 Abgeordneter der Volkskammer der DDR.

Die Universität Rostock verlieh dem Dichter die Ehrendoktorwürde.

Er verstarb am 12. November 1967 bei der Aufführung eines Stückes des Rostocker Volkstheaters in Frankfurt/Main. Seine letzte Ruhestätte befindet sich auf dem Warnemünder Friedhof.

Johanna Jawinsky

Regine Lück aus dem Landtag

Landesweites Moratorium für vorhandene Ferienwohnungen bzw. -häuser in Wohngebieten und unbeplanten Innenbereichen in der vergangenen Landtagssitzung ha-



(Einfrierung oder Stilllegung eines Verfahrens) und wollen damit bewirken, dass die neuen Kommunalvertretungen Gespräche führen und sich eine Meinung bilden können.

Eventuell sind Verfahren zur Änderung der Bebauungspläne durchzuführen, die zwei bis drei Jahre dauern können. Für diese Zeit sollten die Untersagungen ausgesetzt, laufende Verfahren ruhen und keine neuen Verfahren begonnen werden. Auch sollte die Weitervermietung in diesem Zeitraum geduldet und möglich

eine ausnahmsweise Zulässigkeit von Ferienwohnungen erlaubt, die Situation entschärfen.

Derzeit wartet zumindest der Landkreis Rostock auf eine verbindliche und schriftliche Weisung des Wirtschaftsministeriums, das die Möglichkeit eröffnet, Nutzungsuntersagungen erneut auszusetzen.

Es liegt an der Fachaufsicht, ein Moratorium zu gewähren. Für uns muss eine politische Entscheidung her, die nur heißen kann: Ja, der Landtag spricht sich für ein landesweites Moratorium aus. Und ja, der Ministerpräsident erlaubt ein Moratorium.

Es ist also etwas im Fluss, Mecklenburg-Vorpommern sollte die Initiative ergreifen. 5,11 Millionen Übernachtungen fanden 2012 in nichtgewerblichen Ferienwohnungen statt und brachten an die 350 Millionen Euro Umsatz. Die meisten dieser Ferienwohnungen dürften in Wohngebieten liegen.

Ich bat um Zustimmung zum Antrag, zumindest um Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

SPD und CDU wollten diesen Antrag ablehnen, im Vorfeld warf man uns sogar Aufruf zur Rechtsbeugung vor. Im Zuge der Beratung erfolgte dann ein Stimmungswechsel. Dann erkannte Ministerpräsident Sellering anscheinend die Brisanz und meldete sich zu Wort. Daraufhin stimmten sich die Koalitionäre ab und entsprachen dem Antrag auf Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. Das ist ein Erfolg. Daraufhin haben wir und Bündnisgrüne eine öffentliche Anhörung beantragt, zu der auch Bürgerinitiativen geladen werden sollen.

Gerade bereiten wir für den 19. Juni 2014 diese öffentliche Anhörung vor. Ich möchte alle Interessierten herzlich Willkommen heißen an diesem Termin teilzunehmen.

Herzliche Grüße,

eure Regine

ben wir einen Antrag zum Thema Ferienwohnungen eingebracht. Wir wollten erreichen, dass es ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen wird. Letztlich haben sich nur die Bündnisgrünen unserem Antrag angeschlossen.

Zum Inhalt: Das Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern stellte am 28. Dezember 2007 fest, dass eine Ferienwohnungsnutzung in Wohngebieten unzulässig ist. Über Jahre war dieses Urteil entweder nicht bekannt oder es wurde dessen Brisanz nicht erkannt und entsprechend gehandelt. In einigen Wohngebieten im Küstenraum nimmt die Ferienwohnungsnutzung überhand. Das führt zu Konflikten mit denjenigen, die dort regulär wohnen und ihren Wohnfrieden und ihre Wohnruhe gefährdet sehen. Auch nimmt in besonders attraktiven Lagen die Wohnungsknappheit zu, weil eine Ferienwohnungsnutzung finanziell sehr viel attraktiver als ein Dauerwohnverhältnis ist.

Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, die Konflikte zu lösen und Rechtskonformität herzustellen. Bedauerlich ist jedoch, dass durch das Urteil auch die über Jahrzehnte gewachsene Kultur der Vermietung an Feriengäste in touristisch geprägten Orten entlang der Küste und im Binnenland betroffen ist und ebenso geahndet wird.

In unserem Antrag sind wir für die Einsetzung eines landesweiten Moratorium

sein, um die Urlaubssaison 2014 zu retten. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung keineswegs aushebeln, sondern lediglich den Druck raus nehmen. Auch hätte ein sofortiges Vermietungsverbot tausender Ferienwohnungen zur Folge, dass Leerstand die Urlaubshochburgen prägt. Eine Vermietung bzw. ein Verkauf für Wohnzwecke gestaltet sich auch wegen der zumeist weiten Arbeitswege schwierig. Zudem steht zu befürchten, dass die Feriengäste nicht in Hotels oder Ferienanlagen umbuchen, sondern sich Ferienwohnungen in anderen Bundesländern suchen, die längst nicht so stringent vorgehen.

Zugleich gilt es, den Kommunen die Möglichkeit in die Hand zu geben, die Zweckentfremdung von Wohnungen etwa durch weitere Umnutzung in Ferienwohnungen verhindern zu können. 2004 wurde die Zweckentfremdungsverordnung in Mecklenburg-Vorpommern aufgehoben. Eine erneute Landesregelung erscheint notwendig.

Für unbeplante Innenbereiche fehlen Instrumente einer Legalisierung von Ferienwohnungen. Das trifft insbesondere touristisch geprägte ländliche Regionen im Binnenland. Eine Überplanung mittels Bebauungsplan ist schon aus finanziellen Gründen den Kommunen nicht zumutbar. Hier könnte eine Änderung der Baunutzungsverordnung, die in Wohngebieten



Kampf gegen das Rentenstrafrecht

Mit einer weiteren, gemeinsam von ISOR Rostock und der Regionalgruppe (RG) Rostock des RotFuchs, organisierten Bildungsveranstaltung am 22. Mai 2014, wurde erneut die gute Zusammenarbeit beider Vereine praktiziert. Als Gastreferent konnte der Stellv. Vorsitzende des Bundesverbandes ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, begrüßt werden. Der Referent vertritt immerhin eine 80.000 starke Mitgliedschaft bundesweit; im Rostocker Bereich sind derzeit 700 Mitglieder erfasst.

Bei der Einleitung zum Thema „Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht nach der Bundestagswahl“ vollzog Prof. Dr. Bischoff zuerst einen historischen Abriss und begann mit dem Fürsten Otto v. Bismarck, der in seiner Kanzlerzeit erstmals in Deutschland ein soziales Sicherungssystem installiert hatte. Diese geschichtliche Rückblende wurde aber vom Referenten, im Gegensatz zur heutigen medialen Erwähnung, gleich im richtigen Kontext der damaligen Ereignisse dargestellt. Es besteht keinesfalls der Grund, Bismarck eine soziale Ader zu unterstellen bzw. ihn sozialpolitisch heilig zu sprechen, denn sein Motive und Zielsetzungen waren getragen von machtpolitischen Überlegungen.

Nach den erfolgreichen Kriegen (1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich, 1870/71 gegen Frankreich) war Preußen zu einer Großmacht in Mitteleuropa geworden und mit der Industrialisierung war die einhergehende Entwicklung einer Arbeiterklasse und somit das Erstarken der Arbeiterbewegung zu einer revolutionären Bewegung vollzogen worden. Der daraus resultierende Einfluss der Sozialdemokratie als „Umsturzpartei“ machte aus Bismarck'scher Sicht ein schnelles Handeln notwendig. Es folgte aber nicht die Sozialgesetzgebung, sondern das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, eher bekannt unter der Bezeichnung „Sozialistengesetz“. Nachdem aber mit diesem Gesetz nicht der erhoffte Erfolg eintrat, folgte 1883 die Einführung einer Krankenversicherung, 1884 die Einführung einer Unfallversicherung und erst 1889 die Rentenversicherung

–elf Jahre nach dem Sozialistengesetz. Die Zahlung von Altersrenten begann erst mit dem 70. Lebensjahr und nach 30-jähriger Einzahlung. Beachtenswert war zu diesem Zeitpunkt – lt. Statistischem Bundesamt – die Lebenserwartung für Männer mit 35,8 Jahren und für Frauen mit 39 Jahren.

Schlussfolgernd aus der historischen Entwicklung der Sozialgesetzgebung hielt der Referent folgende Punkte für unseren politischen Kampf für wichtig:

1. Bismarck handelte unter politischen Sachzwang im Interesse seiner Klasse und nicht aus sozialem Antrieb zu Gunsten der Arbeiterklasse.

2. Die Schaffung des sozialen Sicherungssystems in Deutschland war Bestandteil und Resultat des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung und ist es bis heute.

3. Soziale Kämpfe sind immer politische Kämpfe – genau wie Karl Marx dieses erstmals so klar formulierte.

4. Die historische Bewertung ist lehrreich und notwendig, wenn wir unseren heutigen Kampf richtig verstehen wollen. Es wird uns auch heute nichts geschenkt, sondern es muss alles hart erkämpft werden.

Anschließend stellte Prof. Dr. Horst Bischoff fest, dass seit mehr als 20 Jahren seit Gründung von ISOR, ein langwieriger Kampf gegen eine soziale Ausgrenzung und Diskriminierung hinter ihnen liegt und dass trotz vieler Erfolge, dieser Kampf noch lange nicht beendet ist. In ihrem langen Kampf mussten sie immer wieder leidvoll erfahren, dass Recht haben – aufgrund von Normen – und Recht bekommen in der Realität, eben verschiedene Paar Schuhe sind. So hat ISOR in den letzten 4 Jahren rund 550.000 EUR investiert, um gegen das Rentenstrafrecht auf den verschiedenen Ebenen, wie bei Sozialgerichten, Versorgungsämtern bis hin zum Bundesverfassungsgericht, vorzugehen. Bisher wurden ca. 2.400 Klagen bei den Sozialgerichten, 68 Berufungsverfahren bei Landessozialgerichten und ca. 2.000 Verwaltungsverfahren gegenüber Versorgungsämtern eingereicht. Des Weiteren sind seit Gründung von ISOR 13 Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht ein-

gereicht worden und 27.000 Verfahren bei Sozialgerichten gestellt. Hinzu kommen noch rund 80.000 Widerspruchsverfahren bei den Versorgungsträgern. Dass einige Mitstreiter an diesem langwierigen Kampf verzweifelt bzw. verstorben sind, war und ist eine leidvolle Realität, politisch von diesen Regierenden aber so beabsichtigt. Rückblickend wurde besonders dieser solidarische Zusammenhalt innerhalb ISOR selbst, aber ebenso der mit befreundeten linken Vereinen und Parteien hervorgehoben. Denn nur dieser solidarische Zusammenhalt macht es möglich, dass solche Aktionen wie die Durchführung von Sammelpetitionen von ISOR, inszeniert gegen das Rentenstrafrecht beim Petitionsausschuss des Bundestages, mit über 73.500 Unterschriften anhängig sind.

Weiterhin wurde vom Referenten ausgeführt, dass ISOR sich zunehmend mit solchen Schwerpunkten beschäftigen muss, die einem andauernden Berufsverbot gleichkommen, denn die nächste Generation von Berufsbewerbern wird nach der früheren Tätigkeit der Eltern befragt, die dann entscheidungsrelevant berücksichtigt wird. Außerdem ist bei der Wahrnehmung des Wahlrechts immer noch das Hinterfragen einer möglichen IM-Tätigkeit als undemokratisch und ausgrenzend zu bezeichnen.

Abschließend hob Prof. Dr. Horst Bischoff noch hervor, dass es der Verdienst der ehemaligen Waffenträger der DDR ist, dass 1989/90 kein Schuss gefallen ist und ihr Verhalten den Sozialismus als eine Option für die Zukunft offengehalten hat. Dafür müssten diese „ehemaligen Waffenträger“ ausgezeichnet und nicht, wie seit 25 Jahren praktiziert, ausgegrenzt werden. Für die Durchsetzung unserer Interessen ist es nur möglich, mit politischen Bündnispartnern und mit politischen Mitteln gemeinsam zu kämpfen, so das Fazit dieser (unserer) Veranstaltung.

Carsten Hanke

Vorsitzender RG RotFuchs Rostock

LYRIK

E-U-SA (von Jürgen Riedel)

EU & USA fusioniert
im Großmachtstreben
gegen puterrotes Putin-Rußland
(ungerupft einige Mängel)
unvergilbte Feindschaft gegen Links-Staaten
seit kommunistischem Manifest

KLARTEXT

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 2.6.	18:00 Uhr	Norbert Podewin: Das "Braunbuch" in politisch-ideologischen Auseinandersetzungen der Zeitgeschichte	Rostock-Südstadt	Berghotel, Südring
Dienstag, 3.6.	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand HRO	Rostock	Kröpeliner Str. 24
Montag, 16.6.	09:30 Uhr	Sitzung der LAG Senioren	Rostock	Kröpeliner Str. 24
Mittwoch, 18.6.	17:30 Uhr	Mitgliederversammlung Reutershagen mit dem Kreisvorsitzenden Carsten Penzlin zur Wahlauswertung	Rostock	Ortsamt
Freitag, 20.6.	17:00 Uhr	RotFuchs/Die Rohnstock Biografien: Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist (siehe S. 16)	Rostock-Lichtenhagen	Gaststätte Nordlicht, Ratzeburger Straße 8
Samstag, 21.6.	ab 11 Uhr	Fischerfest am Schwanenteich mit Kuchenbasar	Reutershagen	
Dienstag, 24.6.	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand HRO	Rostock	Kröpeliner Str. 24
Montag, 30.6.	15:00 Uhr	Mitgliederversammlung Evershagen mit Regine Lück zu den wohnungspolitischen Positionen unserer Partei	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße
Samstag, 5.7.	9-15 Uhr	Klausur des LRO-Kreisvorstandes zum Thema Parteientwicklung	Friedrichshof	Hotel Herrenhaus

Elfriede König geht in Rente

Am 28. Mai beendete die langjährige Schatzmeisterin der Rostocker LINKEN offiziell ihre Tätigkeit. Zum Abschied versammelten sich noch einmal die engsten Weggefährten Elfriede Königs zu einer gemütlichen Kaffeetafel und schwelgten in Erinnerungen. Bei dieser Gelegenheit wurde Elfriede ein Reisegutschein überreicht (siehe Foto).

Elfriedes erfolgreiches Wirken für die LINKE wurde schon auf dem letzten Kreisparteitag gebührend gewürdigt. Obwohl unsere Partei auf Unternehmensspenden verzichten muss, hat unser Kreisverband eine solide Basis für seine politische Arbeit – dank der Mitgliedsbeiträge und Spenden der Parteimitglieder. Dass es im Kreisverband Rostock keine Genossen gibt, die länger als sechs Monate mit ihrem Beitrag im Rückstand sind, ist Elfriedes Be-

harrlichkeit zu verdanken.

Elfriede war aber stets mehr als nur die Finanzerin in der Geschäftsstelle, sie war auch die gute Seele des Kreisverbandes, die mit ihrer zupackenden, aber herzlichen Art zum Gelingen vieler Veranstaltungen beigetragen hat. Es sei nur an unsere erfolgreichen Auftritte am 1. Mai erinnert.

Marlis Schröder ist die neue Schatzmeisterin unseres Kreisverbandes und zu den gewohnten Zeiten in der Geschäftsstelle zu erreichen. Wer Marlis bereits kennengelernt hat, wird keine Zweifel haben, dass sie die großen Fußstapfen auszufüllen vermag, die Elfriede mit ihrem Wirken hinterlassen hat.

Text und Foto: Carsten Penzlin



Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Peter Möller, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:
Bad Doberan: Rostock:
KNr: 28606707 KNr: 430002084
BLZ: 20030000 BLZ: 13050000
Hypo-Vereinsbank OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,00 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

Heinz Käckenmeister seit 55 Jahren Linker

Anlässlich unserer Stadtteilversammlung im Mai dankten wir dem Genossen Heinz Käckenmeister für seine standhafte Haltung. Er ist seit mehreren Wahlperioden Ortsbeiratsmitglied für die Linke in Markgrafenheide. Heinz ist darüber hinaus sehr aktiv im Seniorenbeirat der Hansestadt Rostock. Seit 01.05. 1959 ist er Mitglied der SED/PDS/DIE LINKE. Im Namen des Kreis- und des Stadtteilverbandes dankten wir Heinz und überreichten ihm eine rote Rhododendron.

Henry Klützke



40 Jahre Seewirtschaft der DDR - Ergebnisse, Erfahrungen, Lehren

Die Seewirtschaft der DDR verfügte 1989 über vier leistungsfähige Wirtschaftszweige: Schiffbau, Hochseefischerei, Handelsflotte und Hafenwirtschaft mit 80.000 Beschäftigten. Die in der DDR erbauten Fracht- und Fischereischiffe und die Schiffe der Handelsflotte der DDR waren auf allen Weltmeeren unterwegs. Die Schiffe der Hochseefischerei drangen bis nach Grönland und an die Küsten Afrikas vor. Fast schlagartig war damit 1990 Schluss. Zehntausende Seeleute, Schiffbauer und Hafearbeiter verloren ihre Arbeit. War das feindlicher Übernahme oder Ineffektivität der Betriebe geschuldet?

In dem Buch „**Jetzt reden wir**“ (2014.- 4. Auflage) äußerten sich ehemalige Kombinatdirektoren und Wissenschaftler über Erfolge und Misserfolge der Entwicklung in 40 Jahren DDR und versuchten Antworten auf die Frage, ob man daraus Lehren für die Gegenwart und Zukunft ziehen könne. Mit diesem Thema in Bezug auf die Seewirtschaft der DDR wird sich eine Podiumsdiskussion des „RotFuchs“ und der Rohnstock Biografien beschäftigen. Rede und Antwort stehen: Günther Ubl, ehem. Generaldirektor Fischkombinat Rostock; Dr. Middelhuß, ehem. stellv. Generaldirektor Fischkombinat; Werner Molle (ehem. Chefinspekteur DSR); Herbert Roloff (ehem. Generaldirektor VEB Außenhandel Industrieanlagen), der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Blessing (ehem. Ökonom im ZK der SED) und weitere Persönlichkeiten der Kombinate. Die Podiumsdiskussion findet statt am **Freitag, den 20. Juni 2014 von 17.00 bis 20.00 Uhr in der Gaststätte „Nordlicht“ in Rostock Lichtenhagen, Ratzeburger Str. 18.**

Ausgangsbedingungen und Ergebnisse

Die in 40 Jahren DDR erzielten Ergebnisse der Seewirtschaft sind beachtlich, wenn man bedenkt, dass die Ausgangsbedingungen 1949 denkbar ungünstig waren. **Der Schiffbau** in der Neptunwerft und der Warnow Werft war in den vierziger und Anfang der fünfziger Jahre auf Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung der im Krieg angerichteten Schäden beschränkt – nur wenige Fischfangschiffe für die Versorgung der Bevölkerung wurden abgezweigt. 1989 existierten 5 Seeschiffswerften und 2 Binnenschiffswerften. Zusammen mit

den Zulieferern gab es im Kombinat Schiffbau 55.000 Beschäftigte. 4000 erbaute Schiffe wurden in 50 Länder verkauft, davon 2700 an die Sowjetunion.

Die Handelsflotte der DDR besaß 1950 lediglich den Dampfer „Vorwärts“, der jedoch nur zwei Seereisen überstand. 1954 besaß die 1952 gegründete Deutsche Seereederei Rostock (DSR) zwei veraltete Schiffe. 1989 verfügte sie über 161 Schiffe mit 13.177 Beschäftigten. Nach der Privatisierung blieben 3000 „Arbeitnehmer“ übrig. Im neu erbauten Überseehafen Rostock wurden 1989 23 000 Tonnen umgeschlagen

Die Hochseefischerei der DDR entstand sozusagen aus dem Nichts. Anfang der 50er Jahre waren nur kleine private Fischer im Einsatz, die sich oft zu Genossenschaften zusammenschlossen. Kutter und erste Logger waren im Einsatz. In Saßnitz und Rostock wurden große Anlagen zur Fischverarbeitung geschaffen. 1980 wurden die Fang- und Verarbeitungsbetriebe zum Fischkombinat Rostock zusammengeschlossen. Das Kombinat verfügte über 8.309 Beschäftigte, davon 4350 seefahrendes Personal. Bei der Privatisierung Anfang der 90er Jahre wurde massenhaft Personal entlassen, Schiffe verkauft, verschleudert oder verschrottet. Das Haus der Hochseefischer in Rostock, in dem die soziale Betreuung der Fischer erfolgte, wurde zum Bürohaus umfunktioniert

Alle Zweige der Seewirtschaft verfügten über effiziente **Berufsschulkombinate** mit internatnsmäßiger Unterbringung; so wurde zum Beispiel das Frachtschiff „Georg Büchner“ dafür eingesetzt. Theorie und Praxis konnten hier in Einheit vermittelt werden. Das Berufsschulkombinat der Warnow Werft wurde nach der Privatisierung der Werft geschlossen; das Gebäude zum Hotel umgebaut. Heute fehlen gut ausgebildete Facharbeiter.

Es ist sicher ein spannendes Unterfangen, darüber in Rostock die Diskussion zu führen.

Johanna Jawinsky



Gewinner: 26,5 % der griechischen Wähler_innen entschieden sich bei der Europawahl für SYRIZA. Die griechische Linke wurde damit stärkste Kraft.

Verlierer: Die Kampagne der Bild-Zeitung zur Entfernung der Panzer am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten ist kläglich gescheitert. Gerade einmal 4.100 Bürgerinnen und Bürger haben die zu diesem Anlass gestartete Petition unterstützt - 50.000 hätten es aber sein müssen, damit der Bundestag sich damit beschäftigt.

Monatszitat

„Nur wenn Sie Martin Schulz und die SPD wählen, kann ein Deutscher Präsident der EU-Kommission werden.“ Wortlaut einer Printanzeige der SPD im Europawahlkampf. Kein Kommentar.

Monatszähl

Nur 13 Prozent der wahlberechtigten Slowaken beteiligten sich an der Europawahl.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. *Welcher Friedenspolitiker war in Güstrow zu Gast?*
2. *Wo fand der Bundesparteitag der LINKEN statt?*

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof. Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.07.2014